



Beschlussvorlage

Vorlage-Nr.:	BV/0130/2017		Datum:	20.03.2017			
Oberbürgermeister							
Verfasser:	20-Kämmerei und Steueramt	Az:	20 / Br-Kn				
Gremienweg:							
06.04.2017	Stadtrat	<input type="checkbox"/>	einstimmig	<input type="checkbox"/>	mehrheitlich	<input type="checkbox"/>	ohne BE
		<input type="checkbox"/>	abgelehnt	<input type="checkbox"/>	Kenntnis	<input type="checkbox"/>	abgesetzt
		<input type="checkbox"/>	verwiesen	<input type="checkbox"/>	vertagt	<input type="checkbox"/>	geändert
	TOP		öffentlich	<input type="checkbox"/>	Enthaltungen	<input type="checkbox"/>	Gegenstimmen
27.03.2017	Haupt- und Finanzausschuss	<input type="checkbox"/>	einstimmig	<input type="checkbox"/>	mehrheitlich	<input type="checkbox"/>	ohne BE
		<input type="checkbox"/>	abgelehnt	<input type="checkbox"/>	Kenntnis	<input type="checkbox"/>	abgesetzt
		<input type="checkbox"/>	verwiesen	<input type="checkbox"/>	vertagt	<input type="checkbox"/>	geändert
	TOP		öffentlich	<input type="checkbox"/>	Enthaltungen	<input type="checkbox"/>	Gegenstimmen
Betreff:	Pirmasenser Erklärung des Aktionsbündnisses "Für die Würde unserer Städte"						

Beschlussewurf:

Der Stadtrat beschließt, die als Anlage beigefügte „Pirmasenser Erklärung – Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ zu unterstützen.

Begründung:

Die Stadt Koblenz gehört dem bundesweiten Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“ an. Dieser Zusammenschluss von derzeit fast 70 Städten setzt sich insbesondere für eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen ein, die sie in die Lage versetzen soll, Altschulden abzubauen und nachhaltig ausgeglichene Haushalte ausweisen zu können.

Mit Beschluss vom 19. Mai 2017 (AT/0050/2016) hat der Stadtrat einstimmig die vom Bündnis verfasste „Mainzer Erklärung 2016 zur Neuordnung des Kommunalen Finanzsystems“ unterstützt.

In seiner Sitzung vom 17. März 2017 haben die anwesenden Mitglieder des Bündnisses die als Anlage beigefügte „Pirmasenser Erklärung“ einstimmig gebilligt (Entwurfassung, wird bis zur Ratssitzung redaktionell überarbeitet), die mehr Bundes- und Länderhilfe im Sozialbereich und Unterstützung beim Schuldenabbau verlangt.

Mit einer breiten Zustimmung der Kommunen, manifestiert durch entsprechende Ratsbeschlüsse, soll den gerechtfertigten Forderungen Nachdruck verliehen werden.

Im Hinblick auf die anstehende Bundestagswahl werden Wahlprüfsteine und eine weitere Erklärung formuliert. Hierzu wird der Stadtrat im Anschluss an die für Ende Juni 2017 geplante Folgesitzung des Bündnisses informiert und ggf. um weitere Beschlussfassung gebeten.

Anlagen:

Pirmasenser Erklärung – Entwurfassung vom 17. März 2017

